

Antragsteller*innen:

Status: Modifiziert

1 1. Die Würde des Menschen ist unantastbar – weltweit und für alle Zeit!

2 „Jeder hat Anspruch auf eine soziale und internationale Ordnung, in der die in
3 dieser Erklärung verkündeten Rechte und Freiheiten voll verwirklicht werden.“

4 Art. 28 der Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte

5 Übergeordnetes Ziel unserer Politik ist eine gerechte, solidarische und
6 nachhaltige Welt. Im Sinne der Agenda 2030 fordern wir ein erweitertes
7 Verständnis von Entwicklung, indem soziale, ökonomische und ökologische
8 Nachhaltigkeitsziele zusammengedacht werden und in diesem Sinne alle Länder
9 ‚Entwicklungsländer‘ sind. Entwicklung muss den Menschen und nicht die Menschen
10 der Entwicklung dienen. Der Zivilpakt und der Sozialpakt der Vereinten Nationen
11 implizieren, dass alle Individuen Rechtsträger sind. Sie haben ein Recht auf ein
12 Leben ohne Furcht und Not, ein Recht auf Nahrung, ein Recht auf Entwicklung und
13 das gleiche Recht am Leben auf der Erde und der Nutzung der globalen Ressourcen.
14 Allen Menschen – heute und in Zukunft – müssen vergleichbar geeignete
15 Entwicklungsbedingungen gewährleistet werden können. Dies betrifft neben der
16 Sicherung geeigneter sozialer Verhältnisse (Frieden, Sicherheit, und
17 persönlicher Rechte) insbesondere grundlegende Lebensbedingungen und Bedürfnisse
18 bezüglich Gesundheit, Ernährung, Bildung sowie Lebens- und Wohnraum. Diese
19 werden ohne den Schutz der lokalen natürlichen Lebensgrundlagen Boden, Wasser
20 und Luft und der globalen Umweltgüter Klima, Meere und Biodiversität nicht
21 gewährleistet werden können.

22 Die Würde des Menschen ist überall und immer unantastbar, sie gilt unabhängig
23 vom Geburtsort oder vom Geburtsdatum. Wir stehen damit für eine Politik, die
24 räumliche und zeitliche Gerechtigkeit zum Ziel hat. Unsere Verantwortung endet
25 nicht an nationalen Grenzen oder an den Interessen unserer Generation, sie
26 achtet die Rechte aller Menschen. Diese Überzeugung leitet uns bei unseren
27 politischen Entscheidungen. Dabei ist der Geist der Emanzipation und des
28 Humanismus unsere Triebfeder. Wir kämpfen dafür, dass alle Menschen – heute und
29 in Zukunft – ihre Fähigkeiten entfalten können. Wir setzen uns dafür ein, dass
30 unsere politischen und wirtschaftlichen Handlungen Menschenrechte nirgendwo auf
31 dieser Welt verletzen. Wir wollen, dass alle Menschen ein Leben leben, das sie
32 selbst wertschätzen. Dabei weisen wir kulturellen und wirtschaftlichen
33 Hegemonismus zurück, der Gesellschaften auf eindimensionale Entwicklungspfade
34 führt und die natürlichen Lebensgrundlagen zerstört. Gleichzeitig verteidigen
35 wir die Universalität der Menschenrechte und individueller Freiheiten als Basis
36 für menschliche Entfaltung und gesellschaftlicher emanzipatorischer Prozesse
37 immer wieder aufs Neue. Diese Grundrechte sind nicht verhandelbar. Wir setzen
38 uns dafür ein, dass jede*r überall und zu jeder Zeit am wirtschaftlichen und
39 gesellschaftlichen Leben vollständig gleichberechtigt teilhat. Dabei sind wir
40 immer eine starke Stimme für Gleichberechtigung der Geschlechter. Denn gerade
41 Mädchen und Frauen erfahren überdurchschnittlich Ausgrenzung, Ausbeutung und
42 Armut, sind aber gleichzeitig in besonderem Maß Trägerinnen einer nachhaltigen
43 Entwicklung. Wir setzen uns für einen Gesellschaft ein, die kulturelle,
44 religiöse und inklusive Diversität ermöglicht und respektiert.

45 Entwicklungspolitik muss eingebettet sein in eine Globale Strukturpolitik. Grüne
46 Entwicklungspolitik im Sinne einer globalen Gerechtigkeit beteiligt sich an der
47 Umsetzung der universellen Menschenrechte durch konkrete Programme und Projekte
48 in Partnerländern, aber auch als Anwältin für die Belange der Menschen in den
49 ärmeren Teilen der Welt. Hierbei stehen für uns die Partnerorientierung und
50 Ergebnisse im Vordergrund. Die langfristigen Wirkungen der Vorhaben müssen
51 erhöht werden und die internationalen Prinzipien von Paris, Accra und Busan
52 müssen eingehalten werden. Das Ziel, 0,7% des BNE für offizielle
53 Entwicklungszusammenarbeit aufzuwenden, wollen wir dauerhaft einhalten. Die
54 zugesagten Gelder für die internationale Klimafinanzierung müssen zusätzlich
55 bereit gestellt werden. Hierzu müssen Ministerien, Durchführungsorganisationen,
56 multilaterale Akteure und die Zivilgesellschaft im Sinne einer nachhaltigen
57 Entwicklung kohärent zusammenarbeiten. Grüne Entwicklungspolitik ist immer
58 politisch und mischt sich ein, wenn Rassismus und Menschenrechtsverletzungen
59 erfolgen. In einer Welt starker nationalistischer Bestrebungen muss sie noch
60 stärker darauf ausgerichtet werden, Brücken zu bauen und Verständnis, Toleranz
61 und Wertschätzung füreinander zu schaffen. Wir Europäer stehen damit auch vor
62 der zentralen Entscheidung, ob wir konsequent für globale Gerechtigkeit sorgen
63 und gleichzeitig human mit hier ankommenden Menschen umgehen.

64 2. Unsere Weltordnung geht auch gerecht!

65 Unsere globale Strukturpolitik ist das Gegenkonzept zu einer Weltordnung, die
66 von einer neoliberalen Logik und Deregulierung geprägt ist, die soziale
67 Ungleichheiten befördert und die natürlichen Lebensgrundlagen zerstört. Trotz
68 der Erfolge der Agenda 2030 und des Pariser Klimaabkommen ist es bisher nicht
69 gelungen, die multilateralen Institutionen zu reformieren und die Globalisierung
70 zu regulieren, um gerechte Lebensverhältnisse für alle zu schaffen. Die Kluft
71 zwischen arm und reich, zwischen denen, die teilhaben, und denen, die
72 ausgeschlossen sind, besteht weiter. Das neoliberale Globalisierungsmodell, in
73 dem die Rendite der Wenigen wichtiger war als die Lebensqualität der Vielen, hat
74 dazu beigetragen das Aufkommen einer neuen rechten Bewegung zu befördern. Die
75 neue nationalstaatliche Stärke ist aber im Kern eine Schwäche. Denn der
76 Nationalismus macht Länder nicht handlungsfähiger, sondern blockiert
77 internationale Kooperation, die zur Lösung vieler Probleme unabdingbar ist.

78 Wir stehen zur internationalen Kooperation in dem Bewusstsein, dass sich die
79 großen Menschheitsprobleme, nicht hinter nationalen Mauern lösen lassen.
80 Globalisierung ist kein Selbstzweck, wir müssen sie im Interesse der
81 nachhaltigen Entwicklungsziele der Vereinten Nationen über eine globale
82 Strukturpolitik gestalten und die vielfältigen Vorteile kulturellen und
83 wirtschaftlichen Austauschs gerecht verteilen. Dazu zählt, dass wir global
84 denken und lokal handeln – mit diesem Auftrag müssen wir konsequent unsere
85 gesamte Politik an der Agenda 2030 ausrichten. Wir dürfen nicht länger
86 hinnehmen, dass wir teilweise mit unserer Wirtschafts-, Finanz- und
87 Handelspolitik diese Ziele unterlaufen und das einreißen, was wir mit unserer
88 Entwicklungszusammenarbeit aufgebaut haben. Dies nicht nur, um die nachhaltige
89 positive Wirkung der eingesetzten Steuermittel zu garantieren, sondern v.a. auch
90 um kohärent und glaubwürdig zu sein in dem, was wir tun. Kohärenz und
91 Glaubwürdigkeit sind für uns nicht nur Werte für sich, sie sind auch ein
92 wertvolles Kapital, um im internationalen Miteinander auch andere für eine
93 global gerechte und nachhaltige Entwicklung zu gewinnen. Wir müssen
94 politikfeldübergreifend und interdisziplinär denken und handeln. Globale

95 Strukturpolitik darf nicht nur „als Politik nach außen“ betrachtet werden,
96 sondern ist immer auch Innenpolitik. Dafür müssen auch in Deutschland staatliche
97 Entscheidungsstrukturen geschaffen werden, die innere Widersprüche konsequent im
98 Sinne einer nachhaltigen und gerechten globalen Entwicklung angehen. .

99 Es bedarf auch einer Demokratisierung von Global Governance. Konzepte für die
100 Demokratisierung multilateraler Systeme und Prozesse müssen erprobt werden.
101 Während in der Generalversammlung der Vereinten Nationen alle Länder
102 gleichwertig repräsentiert sind, sind sie dies immer nur über ihre Regierungen
103 und dies unabhängig davon, ob diese aus freien und fairen Wahlen hervorgegangen
104 ist oder nicht. Die Einrichtung eines VN-Parlamentes bestehend aus nationalen
105 Volksvertreter*innen würde einen wesentlichen Beitrag zur Demokratisierung des
106 multilateralen Systems leisten. Im heutigen digitalen Zeitalter sind auch
107 weitere globale partizipative Formate möglich, hier muss mutig und innovativ
108 gedacht werden. Die Kontrollmöglichkeiten von multilateralen Institutionen durch
109 zivilgesellschaftliche Akteure müssen erhöht werden. Im Sinne der Agenda 2030
110 sollten hierfür neue zivilgesellschaftliche Bündnisse sowie politische und
111 wissenschaftliche Kooperationen gefördert werden, u.a. zwischen den großen
112 sozial-, umwelt- und entwicklungspolitischen Verbänden. Insbesondere muss alles
113 unternommen werden, dass diese Zusammenarbeit auf die Bedürfnisse und Visionen
114 der Bevölkerungen in armen Ländern eingeht und entsprechende demokratische und
115 partizipative Dialogstrukturen schafft. Die Interdependenz zwischen Innen und
116 Außen zu erkennen und danach zu handeln ist auch eine gesamtgesellschaftliche
117 Aufgabe. Gerade Graswurzelorganisationen oder Eine-Welt-Netzwerke können in
118 diesem Zusammenhang einen wichtigen Beitrag für eine wehrhafte Demokratie
119 leisten.

120 3. Sozial-Ökologische Transformation

121 Die Transformation in eine sozial-ökologisch und wirtschaftlich nachhaltige
122 Zukunft ist unser Entwicklungsparadigma. Unser Ziel ist ein Wirtschafts- und
123 Finanzsystem, mit dem wir globale Gerechtigkeit im Jetzt herstellen und nicht
124 länger auf Kosten zukünftiger Generationen und unserer natürlichen
125 Lebensgrundlagen leben. Dies erfordert eine radikale Transformation bisheriger
126 Produktions- und Konsummuster. Die sozialen und ökologischen Kosten unserer Art
127 zu wirtschaften und zu leben müssen transparent gemacht und in die Preise
128 integriert werden und der Verbrauch und die Belastung unserer natürlichen
129 Lebensgrundlagen müssen im Rahmen der planetaren Grenzen bleiben.
130 Produktivitätsgewinne im Rahmen der Digitalisierung müssen gerecht verteilt
131 werden. Einer übermäßigen Konzentration der Marktmacht in der Hand weniger
132 Digitalkonzerne muss konsequent entgegengewirkt werden. Dies ist auch zentral
133 für den Datenschutz. Wir müssen bereit sein, die Verteilungs- und
134 Verteidigungskämpfe gegen die aktuellen Profiteure des Systems konsequent zu
135 führen und uns dabei auch ehrlich machen, inwieweit wir selbst zu diesen
136 Profiteuren gehören.

137 Wirtschaftliches Wachstum allein ist kein sinnvolles Maß für Wohlstand und
138 Lebensqualität. Vielmehr sind Wirtschaft und Handel Mittel zum Zweck der
139 Erreichung einer größtmöglichen Lebensqualität für alle im Rahmen der Prinzipien
140 der nachhaltigen Entwicklung und der planetaren Grenzen. Solange Wachstum auf
141 dem Raubbau an Mensch und Natur basiert, setzen wir uns für eine Begrenzung
142 systeminhärenter Wachstumstreiber ein und dafür dass die Verursacher der
143 Umweltzerstörung und Menschenrechtsverletzungen für deren Wiederherstellung oder

144 Kompensationsmaßnahmen aufkommen. Wir stehen damit für ein Wirtschaftssystem,
145 das nicht nur soziale Gerechtigkeit und ökologische Nachhaltigkeit in
146 Deutschland garantiert, sondern diese global ermöglicht und damit
147 universalisierbar ist. Auch das ist notwendige Voraussetzung für Glaubwürdigkeit
148 in der Politik, für die wir stehen.

149 Im Rahmen der Agenda 2030 muss "wirtschaftliche Entwicklung" auch in unseren
150 Partnerländern im Sinn einer nachhaltigen Entwicklung definiert werden. Wir
151 wollen Alternativen aufzeigen für Teilhabe und verbesserte Lebensperspektiven
152 nötiges wirtschaftliches Wachstum nicht auf Kosten der sozialen Kohäsion und
153 ökologischer Nachhaltigkeit zu realisieren. Dabei müssen wir die Chancen und
154 Risiken der Digitalisierung als Treiber grundlegender Veränderungen im Blick
155 haben. Unsere internationalen Partner müssen wir dabei unterstützen, Chancen zu
156 nutzen, sich auf die Risiken vorzubereiten und passende gesellschaftspolitische
157 Konzepte zu entwickeln. Im Sinne von Selbstbestimmung und angesichts planetarer
158 Grenzen und bestehender Ungleichheiten müssen wir auch bereit sein, von Partnern
159 verfolgte alternative Entwicklungspfade zu unterstützen, die der Agenda 2030
160 entsprechen. Faire Märkte spielen eine Schlüsselrolle zur Entfaltung
161 menschlichen Potenzials, wenn sie wirtschaftliche Diversität und Innovation
162 befördern. Sie müssen gegen die Tendenzen der Monopolisierung im Markt und
163 Vermachtung im Staat verteidigt werden. Wir stellen uns einer breiten
164 Privatisierung öffentlicher Daseinsvorsorge und Infrastruktur entgegen. Die
165 Handelbarkeit und Renditeerwartung darf bei Investitionsentscheidungen nicht
166 über dem öffentlichen Interesse stehen. Arme Länder dürfen nicht dafür bestraft
167 werden, dass sie die Entwicklung ihrer Volkswirtschaften anstreben, sondern
168 müssen konkrete Unterstützung erfahren, um dies auf eine nachhaltige Art und
169 Weise zu tun. Dies bedeutet auch, dass wir globale Verteilungsgerechtigkeit in
170 einem System natürlich begrenzter Ressourcen neu denken müssen.

171 Auch die Regierungen der Partnerländer stehen in der Verantwortung für die
172 wirtschaftliche und soziale Situation ihres Landes. Gleichzeitig müssen wir die
173 globalen Wirtschafts- und Finanzstrukturen offenlegen und ändern, die eine
174 nachhaltige Entwicklung ärmerer Staaten erschweren oder unmöglich machen – auch
175 in Deutschland. Dazu gehören grassierende Steuer- und Kapitalflucht aus
176 Entwicklungs- und Schwellenländern, die nicht an nachhaltigen Kriterien
177 orientierte Subventionierung der landwirtschaftlichen Produktion in
178 Industrieländern, die Monopolisierung ganzer Handelszweige sowie die
179 Privatisierung tradierten Wissens durch globale Konzerne oder die
180 kontinuierliche Ausbeutung von Menschen und natürlichen Ressourcen ohne den
181 Aufbau lokaler Wertschöpfungsketten und die Destabilisierung von ganzen Regionen
182 durch Rüstungsexporte. Wir fordern daher eine konsequente Überprüfung aller
183 Politikfelder auf die Vereinbarkeit mit den nachhaltigen Entwicklungszielen und
184 – wo immer nötig – entschlossenes Gegensteuern. Eine gerechte Handels- und
185 Investitionspolitik ist daher auch zentraler
186 Baustein für eine nachhaltige Entwicklung. Wir setzen auf asymmetrische
187 Marktöffnung und die Möglichkeit für Entwicklungsländer mit gezielten
188 handelspolitischen Maßnahmen – etwa Exportsteuern oder dem umfangreichen Schutz
189 junger Industrien – eine selbstbestimmte Entwicklung auf Grundlage einer
190 diversifizierten Industrie und Wertschöpfung vor Ort zu gestalten. Dazu müssen
191 auch die Industrieländer ihre Märkte zusätzlich für verarbeitete Produkte aus
192 Entwicklungsländern öffnen und etwa Ursprungsregelungen so ausgestalten, dass
193 die Wertschöpfung dort verstärkt ermöglicht wird.

194 4. Globaler Klima-, Biodiversitäts- und Meeresschutz – es gibt keinen Planeten

195 B!

196 Entwicklung und Armutsbekämpfung ist nicht möglich ohne dem Klimawandel, dem
197 Biodiversitätsverlust und der Degradierung der Meere entgegenzutreten, die
198 Ressourcen zu schonen und die ökologischen Lebensgrundlagen zu erhalten. Dies
199 gilt für jedes Land auf dieser Erde. Wir wollen das im Pariser Klimaabkommen
200 verankerte Prinzip der "gemeinsamen, aber unterschiedlichen Verantwortung"
201 konkret in die Praxis umsetzen. Die Weltgemeinschaft muss dem Investitionsbedarf
202 v.a. im Energie-, Wohnungsbau- und Transportsektor im Interesse ökologischer
203 Nachhaltigkeit und mittels verbindlicher Menschenrechts- und
204 Nachhaltigkeitskriterien gerecht werden und unterstützen. Der Schutz und die
205 Bereitstellung globaler Gemeingüter erfordert multilaterale Kooperation und
206 angemessene Lastenteilung.

207 Zur Umsetzung des Pariser Klimaabkommens wollen wir anderen als
208 zentralstaatlichen Akteuren viel mehr Raum für Innovation, Fortschritt und
209 Eigeninitiative geben und damit die auf dieser Ebene häufig progressiveren
210 Kräfte stärken. Durch die Förderung dezentraler Prozesse und basisdemokratischer
211 Elemente wollen wir den subnationalen Ebenen und Regionen künftig zu mehr
212 Gewicht und Mitsprache in der internationalen und den nationalen Politiken
213 verhelfen. Im Bereich des Biodiversitätserhaltes gilt es, ähnlich dem Pariser
214 Abkommen, ein Abkommen der kontinuierlichen Weiterentwicklung der Zielvorgaben
215 und konsequenten Umsetzung zu vereinbaren und nachzuhalten. Im Bereich des
216 Meeresschutzes gilt es, ein globales Regime zum Schutz dieses globalen
217 Gemeingutes aufzubauen.